

niederkamert. Frauen seien ihrer Wertgegenstände beraubt, Hüter, Geschäfte und Maschinen geplündert. Die Zahl der toten Mohanmedaner betrage sechshundert, die der verbrannten Häuser hundertfünfzig, der geplünderten Geschäfte sechzig.

Das Blutbad sei erst durch die energischen Vorstellungen der christlichen und muselmanischen maßgebenden Leute bei den französischen Behörden beendet worden. Diese seien eingeschritten, hätten aber nur zwanzig der armenischen Mörder aus dem Dienst entlassen. Die syrische Delegation verlangt die schnelle Entsendung einer Untersuchungskommission.

Letzte Meldungen

Zwei internationale Taschenkliebsthieben genommen.

Röln. Geldern wurden auf der Straße Köln-Duisburg zwei Ausländer, die als berüchtigte internationale Taschenkliebesthiebe bekannt sind, auf frischer Tat ertappt und festgenommen.

Strassenbahnerstreik in Ostoberschlesien.

Kattowitz. Der von den Strassenbahnern angelegte zweitägige Streik ist heute zur Durchführung gekommen. Pünktig 10 Uhr sind sämtliche Wagen der Strassenbahn auf offener Straße zum Stillstand gekommen. Am diesbezüglichen Zeitpunkt fand eine Deputation der Strassenbahner zum Verkehrsamt, um bei diesem wegen Lohnforderungen vorstellig zu werden. Auch soll der Arbeitsminister um Vermittlung angerufen werden. Die Direktion der Kleinbahn teilt mit, daß der Streik vollständig überraschend eingetreten sei. Irrendem Wunsch oder Forderungen seien der Direktion nicht unterbreitet worden. Auch über die Dauer des Ausstandes sei sie nicht unterrichtet.

Die Auswanderung aus Polnisch-Ostoberschlesien.

Kattowitz. Die Verkehrsbehörden teilen mit, daß seit der Übernahme Ostoberschlesiens durch Polen bis zum 15. Februar 1926 im ganzen 10 176 Personen nach Frankreich ausgewandert sind.

Die Stilllegung des Schiffverkehrs in Kanton.

Kanton. Es werden auch weiterhin keine Schiffe beladen und entladen. Nur die Einfuhr von Reis ist zugelassen. Die Zahl der stillgelegten Schiffe beträgt nunmehr 50. Obwohl äußerlich Ruhe herrscht, ist die Lage beunruhigend. Der Konsul hat eine Gruppe von Chinesen die Gründe seiner Haltung dargelegt, die von ihnen gebilligt wurde. Jeht Schiffsladungen werden von den Anhängern der chinesischen Botschaftsbewegung der Zollverwaltung zurückgehalten. Seit fünf Tagen ist von Hongkong kein Schiff mehr in Kanton angekommen, mit Ausnahme eines der Marineverwaltung zugehörigen armenischen Frachtschiffes.

Behörden der Mieterwohnungsgelegenheiten.

Berlin. Der Landtagsausschuß für Wohnungs- und Siedlungsweesen nahm einen Antrag an, die heute viel zu umfangreichen und verwinkelten Bestimmungen des Mieterwohnungsgeleges durch kurze, klare Bestimmungen unter Ausbeziehung des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu ersetzen. Ein deutschnationaler Antrag, den Vermietern gegen böswillige Mieter und Mietszahler das Recht zur Klage auf fruchtlose Näumung und den Mietern das Kündigungrecht wieder einzuräumen, wurde gegen die Stimmen der Linken und des Zentrums abgelehnt.

Die bestohene Großherzogin.

Berlin. Während eines landwirtschaftlichen Vortrages in der Philharmonie wurde der ehemalige Großherzogin von Sachsen-Weimar die Handtasche gestohlen. Diese enthielt Briefschaften, 130 Mark bares Geld und kleinere Gebrauchsgegenstände.

Über 11 000 Aussteller zur Leipziger Messe.

Leipzig. Die Ausstellerzahl der Leipziger Frühjahrsmesse beläuft sich bis jetzt auf über 11 000. Weitere Anmeldungen laufen ständig ein.

Bestätigte Todesurteile.

Leipzig. Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts beschäftigte sich als Rechtsinstanz mit zwei Todesurteilen. Das Schwurgericht Raumburg hatte den Arbeiter Robert Panisch aus Fredeleben wegen Mordes zum Tode verurteilt. Die Revision des Panisch wurde nach längerer Beratung verworfen, so daß das Todesurteil rechtskräftig geworden ist. Ebenso verworfen wurde die Revision des Maschinenmeisters August Schwedtfeger aus Göttingen, der vom Schwurgericht Göttingen wegen Mordes am 13. November 1925 zum Tode verurteilt worden war. Schwedtfeger hatte am 29. Juni 1925 den Direktor der Papierfabrik in Göttingen, Scheller, erschossen, mit dem er wegen seiner Wiedereinstellung in Disfensen geraten war.

Ertragung zweier Mörder im Gefängnis. Vom Aktienfiskus Schwurgericht waren der Bestersohn Klement Jaremba und die Räuberin Maria Czwertel wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilt und zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Am nun das im Zuchthaus geborene uneheliche Kind der Cz., dessen Vater Jaremba ist, ehelich zu machen, verabredeten die beiden, sich zu heiraten. Dieser Tage fand im Aktienfiskus Gefängnis die Ertragung durch den katholischen Gefängnisgeistlichen statt.

Sächsischer Landtag

Dresden, 25. Februar. Zu Beginn der Donnerstag-Sitzung wandte sich der Ministerpräsident Heide in einer Erklärung gegen eine Meldung der Sächsisch-Böhmischen Korrespondenz, von der er sagte, daß in der leichtfertigen Weise mit der Ehre eines Reichens gespielt worden sei. Es handelt sich um die Meldung, daß der Abgeordnete Arz gelogt haben soll, er werde dafür sorgen, daß Heide borthin komme, wo Zeigner hingerufen sei. Diese Erklärung erregte im hohen Grade die Gemüter der Linken und Kommunisten. Der Abg. Arz ging auf den Platz des Ministerpräsidenten zu und es entspann sich eine private Auseinandersetzung unter lebhaften Gesprächen der übrigen Abgeordneten. Zu vernehmen war nur, daß Abg. Arz dem Minister gegenüber meinte, er würde die Erklärung wohl kaum abgeben haben, wenn eine ähnliche Angelegenheit von anderer Seite vorgelegen hätte. „Das ist wunderbar!“ rief er dem Ministerpräsidenten zu. Abg. Wübner (Komm.) beantragte die Verlesung der Regierungserklärung. Das Haus lehnte aber diesen Antrag mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten und Linkssozialisten ab. — Die Tagesordnung selbst war in erstaunlich kurzer Zeit erledigt. Die Anfrage wegen der Brandstiftung und des Kapitels Graentzlinen wurden von der Tagesordnung abgelehnt. In der Anfrage des Abg. Beck (D.D.P.) betr. Abhebung des Schabenersches gegenüber den bei dem Autounfall auf der staatlichen Kraftwagenlinie Bautzen-Ramenz Verunglückten gab Ministerpräsident Dr. Faust eine Erklärung ab, die sich inhaltlich mit der kürzlich veröffentlichten Regierungsausschussung zu dieser Angelegenheit deckte. Die Kap. 48: Landesversicherungsamt, 29: Landesgesundheitsamt und 30: öffentliche Gesundheitspflege der ordentlichen Staatshaushaltplanes wurden

ohne Aussprache erledigt, indem die Einstellungen nach der Vorlage genehmigt wurden. — Nächste Sitzung: Donnerstag den 4. März nachmittags 1 Uhr.

Wahlbeteiligung in den verschiedenen Lebensaltern.

In Deutschland.

Der Reichsinnenminister hat, um die Wahlbeteiligung in den verschiedenen Lebensaltern zu ermitteln, festsetzen lassen, wieviel Wähler und Wählerinnen (in Prozenten ausgedrückt) sich bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 in den vier Verwaltungsbereichen Stadt Nürnberg, Hauptmannschaft Borna i. S., Landkreis Hanau und Kreis Lauenburg i. P., die wegen der Zusammenfassung ihrer Wählerschaft als besonders charakteristisch herausgehoben wurden, zur Wahlurne geschriftet sind. Die Wahlberechtigten bis zum 70. Lebensjahre wurden in zehn Altersstufen zu je fünf Jahrgängen zusammengelegt, die über 70 Jahre alten Wähler zu einer einzigen Altersstufe.

Es erwies sich nun, daß bei den Frauen (mit Ausnahme der zweiten Altersstufe in Borna) die Wahlbeteiligung in allen Stufen geringer war als bei den Männern. In der ersten Altersstufe (20—25 Jahre) wählten von den wahlberechtigten Männern 82,9 %, von den wahlberechtigten Frauen 80,8 %. Den Höhepunkt erreichte die Wahlbeteiligung bei den Männern in der siebenten Altersstufe (50—55 Jahre) mit 91,4 %, bei den Frauen in der fünften Altersstufe (40—45 Jahre) mit 87,7 %. Bis etwa zur zehnten Altersstufe (65—70 Jahre) bleibt bei den Männern die Wahlbeteiligung noch immer in ansehnlicher Höhe, um erst dann steil abzufallen. Bei den Frauen aber läßt sie nach dem 45. Lebensjahre bereits merklich nach, entspricht schon in der achten Stufe (55—60 Jahre) mit 81,6 % nur etwa der Wahlbeteiligung in der ersten Wahlaltersstufe und sinkt in der letzten Altersstufe mit 58,4 % auf nahezu die Hälfte der wahlberechtigten Frauen hinab.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 26. Februar 1926.

Wertblatt für den 27. Februar.

Sonnenaufgang 6¹¹ | Mondaufgang 5¹¹ N.
Sonnenuntergang 9¹¹ | Monduntergang 7¹¹ N.

1823 Der preussische General Graf Kleist von Rosenburg in Berlin gest. — 1916 Die österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Butazzo.

Öffentliche Stadtverordnetensitzung

Donnerstag den 25. Februar 1926 abends 7 Uhr.

Anwesend waren sämtliche Mitglieder beider Kollegien. Auch der Zuschauerraum war wieder voll besetzt, ein Zeichen, daß die Verhandlungen jetzt mehr wie früher das Interesse der Einwohnerlichkeit beanspruchen.

Zunächst gab der Vorsitzende, Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld, Kenntnis von einem Schreiben der Amtshauptmannschaft, nach dem sie gegen den Stadt Rat über den Saubach Bedenken nicht erheben will, wenn die Stadt die Verantwortung trägt. Die Straßen- und Wasserbau-Inspektion teilt mit, daß es zurzeit nicht möglich ist, das wiederholte Gesuch des Stadtrates um Pflasterung des restlichen Stückes der Bahnhofstraße zu erfüllen, da die vorgenommene Kontrolle ergeben habe, daß die Straße nur eine läbliche Belastungstärkte von 310 Tonnen auszuhalten habe, während eine solche von 500 Tonnen die festgelegte Mindestgrenze für Pflasterung darstelle. — Eine unerwartete Revision der Stadt- und Steuerliste, der Wasserpfeife und des Postfahndungsamtes haben stattgefunden. Beanstandungen waren nicht zu machen. — Auf Ansuchen sind der Stadt wieder verschiedene Lebensmittel zugewiesen worden, mit denen 30 Schulkinder, 30 Kleinkinder und verschiedene stillende Mütter acht Wochen lang gespeist werden.

2. Der Rechtsausschuß hatte die Frage zu prüfen, ob bei Beschwerden über Entschädigungen des Stadtrates die Stadtverordneten oder die Amtshauptmannschaft zuständig ist. Er halte allgemein die Zuständigkeit der Stadtverordneten wohl anerkannt, verneinte sie aber in dem Falle Lögner, weil es sich um ein Steuererlagsgesuch handelte. Das Kollegium trat bei Stimmhaltung der Linken dieser Ansicht bei.

Der Streit um das Transformatorhaus.

3. Die sozialdemokratische Fraktion hatte bei der Kreisoberhauptmannschaft eine Aufsichtsbeschwerde darüber eingelegt, daß am 10. Dezember die Transformatoranlage ohne stichhaltige Gründe durch Arbeitsbeschluß in die geheime Sitzung verlegt worden war. Die Kreisoberhauptmannschaft als Aufsichtsbehörde wies die Beschwerde als unbegründet zurück. Sie pflichtete wohl den Beschwerdeführern insofern bei, daß sie Belange der Stadt nicht als gefährdet ansah, hielt aber doch tatsächliche Gründe für die Geheimhaltung als vorliegend. — Zur Angelegenheit selbst hatte die Linke einen schriftlichen Antrag eingebracht, der den Vorliegenden um den Bericht über die Betriebsauswicklung vom 15. Februar ersucht. Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld gab nun bekannt, daß am 15. Februar ein elektrotechnischer Sachverständiger, Prof. Dr. Binder, im Beisein der Herrn Oberbaudirektor, Direktor Friedrich und der Auschuhmilitärdirektor die Frage des Transformatorhauses untersucht habe. Eine Stellungnahme dazu sei heute noch nicht möglich, da die schriftliche Ausfertigung des Gutachtens noch nicht eingetroffen, aber für die nächsten Tage zu erwarten sei. Stadtv. Schumann sah die Sache für sprachreif an. Der Guachter habe sich mündlich unzuweilig für den Markt erklärt und könnte schriftlich doch nichts anderes begründen. Uebrigens habe der Ausschuh die Bauzeichnungen von Freitag verlangt, das sei doch schon halb und halbe Zustimmung. Dem traten die Stadtv. Hofmann und Fröhlich und Stadtrat Weber entgegen, während die Stadtv. Lindner und Gabler die erste Ansicht unterstützten. Der letztere gab eine auch für die Öffentlichkeit interessante Schilderung der Ausschuhung und man erfuhr, daß Prof. Binder weder die Rosenstraße, noch das Gesänge als Aufstellungsorort des Transformatorhauses in Betracht gezogen habe, daß er aber erklärt habe, daß es aus technischen und wirtschaftlichen Gründen ratsam wäre, das Häuschen auf den Markt zu bauen.

Um den Verkehr an der Rathausgasse nicht weiter zu erschweren, sei es angezeigt, den Bau mehr nach der Apotheke zu verchieben. Auch Stadtv. Schemann wollte das schriftliche Gutachten erst in der Hand haben, ehe weitere Beschlüsse gefaßt werden könnten, beantragte aber, den Bürgermeister zu ersuchen, sofort nach Ein-

gang des Schriftstückes eine Sitzung einzuberufen, die die Frage endgültig erledigt. Stadtv. Lehmann erklärte, daß die Beamtenvertreter sich dem nicht anschließen könnten, da sie auf Gutachten im allgemeinen nichts gäben. Wegen die beiden Stimmen der Beamten wurde schließlich der Antrag Schemann angenommen.

4. Den Anlauf von Schrankentischen usw. von der Ortstranifeste schlug der Rat zum Preise von 550 Mark vor und weiter, daß in den Raum die Volksbibliothek verlegt und das jetzige Bibliothekszimmer dem Kinderhort eingeräumt wird. Die Beamten hatten kurzfristige Vermietung des Raumes vorgeschlagen. Stadtv. Schemann betonte bei der Gelegenheit im Namen der Bürgerlichen die unbedingte Notwendigkeit zu sparen. Er beantragte, den Raum sofort zur Vermietung auszu-schreiben und erst bei der letzteren über den evtl. Anlauf der Einrichtung zu beschließen. Stadtv. Schumann sprach für den Ratsoorschlag, der auch gegen die 6 Stimmen der Rechten angenommen wurde.

5. Zur unterschriftlichen Mitvollziehung des ersten Nachtrages zum Mietvertrag mit den Kraftwerken wird nachträglich Zustimmung gegeben.

6. Der Sachverständige der Kreisoberhauptmannschaft hatte für den Ortstranifeste zur Beordnung einige Änderungen an-geregt, denen man bis auf eine nachkam.

7. Zum Stichtverweiterungs- und Fluchtlinienplan machte der Betriebsausschuß folgende Vorschläge: Die gedachte Straße von der Wieland nach der Meißner Straße fällt weg, die scharfe Kurve in der Meißner Straße bei Jöfeger-Berthold-Müller wird befestigt, die Straße nach dem Sächs-dorfer Weg durch den Park fällt weg, desgleichen die durch den Schlosspark, der Weg zwischen Partze und Adam bleibt, das Höpische Grundstück in der Dresdener Straße wird eingeräumt, die Housede Schmidt nach der Rosenstraße wird verbrochen, bei Lauer wird die alte Fluchtlinie beibehalten, Eck bei Döpfer Meier wird verbrochen, Straße vom Neumarkt wird in Front des Armenhauses weitergeführt, Bahnhofstraße bleibt ohne Vorgärten, Straße längs der Meißner Bahn fällt weg, Straße hinter Jungbars wird etwas verlegt. Während allen diesen Vorschlägen zugestimmt wurde, ließ man die vorgesehene Verbreiterung der Freiburger Straße vom „Löwen“ bis Breitschneider befestigen.

8. Die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft hatte im November in einer Eingabe eine Neuauflage der Wohnungslisten verlangt mit der Maßgabe, daß nur die Wohnungsfuchenden eingetragen werden sollen, die einen eigenen Haushalt führen, über 25 Jahre alt sind und den Nachweis bringen, daß sie in ihrem letzten Wohnorte in der Liste gestrichen oder ein Jahr hier aufhäftlich sind. Der Wohnungsausschuß hatte seine Meinung dahin präzisiert, daß den Anregungen nicht stattgegeben werden könne, da einmal gesetzliche Vorschriften dem entgegenstehen und im übrigen die Listen nach bestem Wissen und Gewissen geführt würden. Sogenannte Wohnungsaustausche werden in der Liste gar nicht geführt. Alle seien Inhaber von Wohnungen, die begründbar, daß ihre Wohnung zu klein oder ungesund sei. Auch der Stadtrat hatte seinen Grund gefunden, die Sache zu ändern. Stadtv. Ziemert wollte eine genaue Uebersicht darüber, wieviel Wohnungen werden tatsächlich gebraucht, wieviel Leute haben keine, wieviele eine zu kleine Wohnung. Stadtrat Quanz sagte das für die nächste Sitzung zu und erklärte, daß jetzt drei Listen geführt würden, eine Vordringsliste, eine Dringlichkeits- und eine Wohnungsaustausche-Liste. Aber für 30—40 Personen müße unbedingt Wohnung geschaffen werden. Die Not sei katastrophal. Daselbst befestigten die Stadtv. Bahne und Schneider, die mit scharfen Worten die Eingabe abtaten. Einstimmig beschloß man schließlich, dieselbe auf sich beruhen zu lassen.

9. Das Abkommen mit der Girozentrale über die Bildung des Kreditausschusses wurde nach den Vorschlägen des letzteren und des Stadtrates mit wechselnder Stimmmechtheit angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag Schumann, der Bedenken dagegen enthielt, daß der Leiter der städtischen Finanzen gleichzeitig Vorsitzender des Kreditausschusses sei, und ein weiterer, der den Kreditausschuß aus drei durch die Stadtverordneten zu wählende Gemeindeglieder bestehen lassen wollte. Der Leiter der Girozentrale wird zu den Sitzungen mit beratender Stimme zugelassen.

10. Der Verwaltungsausschuß hat beschlossen, daß alle an die Stadtverordneten gerichteten Beschwerden gegen den Rat vorzulegen sind. Stadtv. Schumann erweiterte den Antrag dahin, daß alle an die Stadtverordneten gerichteten Eingaben im vollen Umfang ohne besonderen Antrag vollständig vorzulegen sind. Das wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt. Der Ausschuh beantragte weiter, alle vor dem 1. August 1923 erlassenen Ortsgesetze nachzuprüfen und evtl. zusammenzufügen. Einstimmig gab man dem statt, nachdem ein Antrag Schumann: „alle Ortsgesetze nachzuprüfen“ in namentlicher Abstimmung gegen 5 Stimmen abgelehnt worden war.

11. Ueber den Sachstand des Fluchtbades berichtete Stadtrat Quanz. Er gab bekannt, daß mit den Erdarbeiten begonnen worden ist. Sie sind der Bauherrmann Burchardt übertragen worden. Die Ausfertigung der Blaupläne für die Zement- und Eislerarbeiten steht für die nächsten Tage bevor. Bei der Genehmigung des Baues hat die Straßen- und Wasserbauinspektion nun die Ausführung einer gepflasterten Dachdeckung oder einer Ufermauer verlangt. Die ganze Dachregulierung wie der Springbrunn seien in der Planung und den Kosten von 37 000 Mark noch nicht mit enthalten. Der Plan ist insofern etwas geändert worden, als das Wasser etwas mehr nach dem Baue zu verschoben wurde. Die verlangte Ufermauer diene gleichzeitig als Stützmauer des Bedens. Wie hoch sich die Kosten dafür belaufen, könne heute noch nicht gesagt werden; man rechnet aber für die Mauer mit circa 2000 Mark. Stadtv. Hofmann war in Verfolg der grundsätzlichen Stellung der Rechten gegen eine weitere Mittelbewilligung, auch Stadtv. Lehmann wünschte, daß mit den 37 000 Mark unbedingt ausgenommen werden müße. Der Bürgermeister betonte, daß Saubachregelung und Springbrunn nicht darin begriffen seien. Stadtrat Quanz befürchtete keine Ueberbreitung des Voranschlags. Stadtrat Jäde gab zu bedenken, ob man die Zement- und Eislerarbeiten nicht auch lieber arbeitslosen Facharbeitern überlassen möchte, da ja dann auch dafür Zuschüsse gewährt würden. Auf Anfrage erklärte auch Herr Quanz, daß das Bad gegen Hochwasser gesichert werde und daß Herr J. Breitschneider von sich aus nicht mehr gewillt sei, im Ausschuh mitzuwirken. Ein Antrag Schumann, der Errichtung der Mauer zugestimmen und 2000 Mark Kosten dafür zu bewilligen, wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Einstimmig hieß man gut, daß die Erdarbeiten der Firma Burchardt und die Oberleitung dem Architekt Buller in Dresden übertragen sind. Eine ausgiebige Debatte entspann sich dann noch über die Entlohnung der bei den Erdarbeiten beschäftigten Erwerbslosen. Der Ausschuh schlug einen Grundlohn von 88 Pfg., soziale Zuschläge lt. Gemeindearbeiterstatut und für besonders Leistungsfähige einen Stundenlohn von 83 Pfg. ohne Zuschläge vor. Der Antrag wurde nach langer Aussprache gegen 1 Stimme angenommen. Damit war man kurz nach 11 Uhr am Schluß.